

Mexiko 2000: das Ende einer Ära; folgt auf den Regierungswechsel auch ein stabiler politischer Wandel?

Maihold, Günther

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Maihold, G. (2000). *Mexiko 2000: das Ende einer Ära; folgt auf den Regierungswechsel auch ein stabiler politischer Wandel?* (Brennpunkt Lateinamerika, 13). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444170>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 13

16. Juli 2000

ISSN 1437-6148

Mexiko 2000 – Das Ende einer Ära. Folgt auf den Regierungswechsel auch ein stabiler politischer Wandel?

Günther Maihold

Am 2. Juli 2000 hat Mexiko den Wechsel gewählt. Nach 71 Jahren der Vorherrschaft des PRI wird am 1. Dezember erstmals ein Kandidat der Opposition, der 58-jährige Vicente Fox Quesada, als neuer Präsident sein Amt antreten. Entgegen dem von den Umfragen vor den Wahlen erwarteten Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem PRI-Kandidaten Francisco Labastida und Vicente Fox vom PAN zeichnete sich am Wahlabend ein deutlicher Vorsprung von Fox ab, der schließlich sechs Prozentpunkte betrug. Diese deutliche Differenz und die schnelle Anerkennung des Wahlerfolges von Fox durch Präsident Ernesto Zedillo und den unterlegenen Kandidaten Labastida haben die befürchteten Auseinandersetzungen über das Wahlergebnis im Keim erstickt und deuten auf einen ruhigen Prozess der Übertragung der Amtsgeschäfte hin. Fox tritt ein schwieriges Erbe an: Die Erwartungen der Wählerschaft an eine Änderung ihrer Lebensbedingungen, der Korruption und der Verteilung staatlicher Pfründe sind hoch, aber der neue Präsident verfügt über keine Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses. 20 der 32 Bundesstaaten werden vom PRI regiert, und der gesamte Staatsapparat ist von PRI-Anhängern besetzt, die Fox nicht ersetzen kann, ohne nachhaltigen Schaden für das Regierungshandeln zu riskieren. Seine Ankündigung der Einbeziehung von Oppositionspolitikern in seine Regierung lässt erkennen, dass der Notwendigkeit der Konsensbildung von ihm auch unter dem Gesichtspunkt der Bewahrung der wirtschaftlichen Stabilität hohe Bedeutung beigemessen wird. Allerdings dürfte Fox vor großen Schwierigkeiten bei der Umsetzung seines noch wenig definierten gesellschaftspolitischen Reformprogrammes gegenüber stehen und mit den Folgen der zentrifugalen Tendenzen innerhalb der bisherigen Staatspartei PRI konfrontiert werden. Deren Krise könnte die gesamte mexikanische Gesellschaft in Mitleidenschaft ziehen.

1. Die Wahlen vom 2. Juli 2000 – Der Anfang vom Ende der Transition Mexikos zur Demokratie

„Mexiko: Am Rande des Chaos“ lautete der Titel eines Bestsellers des nordamerikanischen Journalisten Andrés Oppenheimer, der im Jahre 1996 erschien und den Pulitzer-Preis erhielt. Der Brennpunkt Lateinamerika Nr. 13-00

erschien und den Pulitzer-Preis erhielt. Der Verfasser äußert sich besorgt über die Zukunft des Landes unter dem Blickwinkel, ob in Mexiko eine graduelle und geordnete Transition zu einer modernen Demokratie möglich sei, wenn man sich die „emotionale Achterbahn“ vor Augen führe,

die aus dem Wechselspiel von großen Erwartungen und tiefsten wirtschaftlichen und sozialen Depressionen folge.

In der Tat hat Mexiko in den vergangenen Jahrzehnten ein Auf und Ab wirtschaftlicher und politischer Krisen erlebt, die sowohl zu weitreichenden Auswirkungen auf das internationale Finanzsystem als auch zum Aufstieg einer neuen „Guerilla“ mit Cyber-Dimension geführt haben. Gleichwohl konnte sich das Land mit externer Hilfe und großen internen Anstrengungen immer wieder stabilisieren. Als wichtiger Faktor zur Herstellung stabiler Verhältnisse erwies sich im Positiven wie auch im Negativen die Vorherrschaft der seit 71 Jahren herrschenden (Staats)-Partei PRI (*Partido Revolucionario Institucional*), die trotz ihrer langen Regierungszeit eine oft völlig unerwartete Flexibilität in der Anpassung an die neuen Herausforderungen bewies. Mit den Wahlen vom 2. Juli 2000 hat nun der große Abgang auf den PRI begonnen, der spätestens seit den Wahlen von 1988 zum Repertoire vieler Wissenschaftler und Politiker gehörte, die Mexiko beobachtet und seine Entwicklung kritisch begleitet haben. Allerdings könnte auch jetzt die Erwartung an ein Ende des PRI verfrüht sein. Seine prägende Kraft für Staat und Gesellschaft Mexikos ist mit dem Verlust des Präsidentenamtes bei weitem noch nicht erschöpft, eine Aussage, die sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht Geltung beanspruchen kann.

Mit dem Wahlerfolg von Vicente Fox ist die Frage nach der weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Mexikos aufgeworfen. Während weithin von Fox eine wirtschaftspolitische Kontinuität erwartet wird, da sich die Orientierungen des gewählten Präsidenten von denen der Regierung Zedillo nicht substantiell unterscheiden, scheint die zukünftige Gestaltung der politischen Entwicklung mit vielen Fragezeichen versehen. Die Auflösung der Identität der PRI als Partei und als Staat, die umfassenden Probleme im Bereich von Sicherheit und Justiz, die weitere Behandlung des stagnierenden Friedensprozesses mit der zapatistischen Guerilla und die Herstellung eines neuen Gleichgewichtes zwischen Zentralstaat und regionalen beziehungsweise lokalen Regierungen stehen ebenso auf der Tagesordnung wie die Neugestaltung des Erziehungswesens und der Nationaluniversität, die sich zuletzt zehn Monate im Streik befunden hatte. Hier liegen zentrale Konfliktpunkte einer Gesellschaft,

die den Übergang zur Modernität in großen Teilen noch nicht vollzogen hat, so dass die Sicherung einer stabilen Transition von zentralem Interesse sein muss, wenn man wirtschaftliche Pendelschwünge als Folge interner Neuorientierungen vermeiden will.

Damit erhalten die Institutionen als Rückgrat des Transitionsprozesses eine herausragende Bedeutung. Die Erfahrung der mexikanischen Transition ist insofern die Geschichte eines langsamen, graduellen, über Gesetze ablaufenden und systematisch verhandelten Prozesses. Letztlich erscheint Mexiko aus diesem Blickwinkel als Lehrbeispiel einer *piecemeal social engineering*-Strategie, die durch interne und externe Impulse getrieben letztlich doch in institutionellen Bahnen abließ. Unter dem Gesichtspunkt der Krisenanfälligkeit des Transitionsprozesses, der sich nicht zuletzt mit der Wirtschaftskrise im Jahre 1994/95 erneut darstellte, bleibt jedoch auch festzuhalten, dass das Land trotz der Vielzahl an Herausforderungen den Weg des institutionellen Wandels beibehalten hat und sicherlich auch nach dem 1. Dezember 2000 – dem Tag des Amtsantritts der neuen Regierung – weiterverfolgen wird.

Wenn also die mexikanische Transition zur Demokratie als in zentraler Weise durch Wahlen bewirkter Prozess verstanden werden muss, der mit dem Ausbau eines kompetitiven Parteiensystems parallel lief, dann könnte mit dem Datum des 2. Juli 2000 dieser Transitionsprozess als abgeschlossen betrachtet werden. Die Opposition hat die Macht gewonnen; nunmehr müsste es also nur noch um Konsolidierungsbestrebungen in einer „defekten Demokratie“ gehen, die ihren Nachholbedarf im Bereich der Gewaltenteilung und der Herstellung eines föderalen Gleichgewichtes in Angriff zu nehmen habe. Eine solche Sichtweise greift jedoch zu kurz: Zwar ist der Prozess des Machtübergangs an die Opposition durch die Wahlen vom 2. Juli eingeleitet und wird am 1. Dezember 2000 vollzogen werden, aber auf der Ebene der Bundesstaaten sind noch erhebliche Vorbehalte an dieser „kontrollierten Transition“ anzubringen, zumal sich der Druck auf die unabhängigen Wahlorgane durch den PRI mit dem Verlust des Präsidentenamtes in den einzelnen Bundesstaaten massiv verstärken dürfte. Hier wird es darauf ankommen in den nächsten Jahren zu prüfen, ob die Einhaltung der grund-

genden Spielregeln auch auf dieser Ebene gewährleistet werden kann.

2. Die Wahlen von 1988, 1994 und 2000 – vom „voto insurreccional“ über das „voto del miedo“ zum „voto útil“

„Das Alte stirbt, aber das Neue ist noch nicht geboren!“ – diese Aussage beschreibt die politische Entwicklung Mexikos seit dem Jahre 1988. Seit der Wahl von Carlos Salinas de Gortari zum Präsidenten, ein Wahlsieg, der erst nach einer Computerpanne „sichergestellt“ werden konnte, haben Anfechtungen die Wahlprozesse in Mexiko begleitet. Der damals nach allen Mutmassungen um seinen Erfolg gebrachte Präsidentschaftskandidat des FDN (*Frente Democrático Nacional*) (des heutigen PRD (*Partido de la Revolución Democrática*)), Cuauhtémoc Cárdenas, vermochte es nicht, den „Aufstand“ der Wähler gegen den PRI in ein langfristiges politisches Projekt zu verwandeln, das über die Zusammenführung von Abspaltungen des PRI (dem auch er entstammt) und städtischen Sozialbewegungen eine Position der linken Mitte mehrheitsfähig besetzt hätte. Vielmehr ermöglichte er die Stärkung einer unerklärten Allianz zwischen dem 1939 gegründeten PAN (*Partido Acción Nacional*) und dem PRI, die schließlich im Jahre 1989 dem PAN den ersten Gouverneursposten der Opposition im Bundesstaat Baja California Norte einbrachte. Diesem ersten politischen Durchbruch folgten weitere Terraingewinne des PAN im Norden des Landes auf der Basis einer postelektoralen Verhandlungsstrategie der Partei mit Präsident Salinas, der sich vor allem der Umsetzung seiner Pläne einer Nordamerikanischen Freihandelszone widmete. Mit dem Inkrafttreten von NAFTA im Jahre 1994 brachen jedoch die Träume des Aufrückens Mexikos in die erste Welt zusammen.

Das Auftauchen der zapatistischen Guerilla in Chiapas, die Ermordung des PRI-Präsidentschaftskandidaten Luis Donaldo Colosio und die daraus folgenden PRI-internen Spannungen ließen bei den Bürgern des Landes große Ängste aufkommen, wie die politische Entwicklung Mexikos unter Kontrolle gehalten werden könne. Insbesondere die Offenheit des PRD für die Interessen des *Sub-Comandante* Marcos ließ bei vielen Wählern den Entschluss reifen, dass die altbewährte Allianz von Militär und PRI doch größere Sicherheit verspreche als ein Abenteuer mit einer

Oppositionspartei. Dieses für das Wahlergebnis von 1994 mit dem deutlichen PRI-Sieg von Ernesto Zedillo als ausschlaggebend betrachtete „Angst-Votum“ erwies sich als Trugschluss, da unmittelbar nach den Wahlen die Gewalt mit der Ermordung des PRI-Generalsekretärs Francisco Ruiz Massieu sowie die Wirtschaftskrise des Dezember 1994 eher den eigentlichen Garanten der Sicherheit als „unsicheres Moment“ erscheinen ließ.

Trotz der Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Lage in der Regierungszeit von Präsident Zedillo wurde auch bei den Wahlen vom 2. Juli 2000 erneut versucht, die Gefährdung der Stabilität des Landes als Argument für die Abstimmung durch die Wähler einzusetzen. Als entscheidend erwies sich jedoch das Interesse der Wähler an einem Wechsel – an einem Wechsel um des Wechsels willen, nicht weil unmittelbar erkennbar wäre, wohin ein solcher Wechsel führen könnte. Die Unzufriedenheit mit dem PRI-System war deutlich spürbar, und der Versuch der Regierungspartei, den Kandidaten Fox unglaubwürdig erscheinen zu lassen, erwies sich als grobe Fehleinschätzung. Die Wähler optierten für einen *voto útil*, d.h. Fox wurde gewählt, weil er die größte Chance für einen Wechsel darstellte, unabhängig davon, wie hoch bei einzelnen Wählern auch die Vorbehalte gegenüber dem Programm des Kandidaten Fox waren. Diesen *voto útil*, den auch Fox mit seiner Wahlkoalition *Alianza por el Cambio* (AC) immer wieder einforderte, erwies sich in Verbindung mit der Darstellung seiner Persönlichkeit als das durchschlagende Erfolgsrezept: Der zipackende, unerschrockene *self-mademan*, der dem erstarrten oder sogar verhassten Apparat des PRI das Fürchten lehren werde, vermochte jeden Appell an die Angst an sich abtropfen zu lassen; die Zeit war reif für den Wechsel. Mit diesem Produktmarketing konnte Fox auch an das Image des *Caudillo*, des starken Mannes anknüpfen, der angesichts der steigenden Kriminalität dem Bürger auch Sicherheit glaubhaft zu versprechen vermochte. Allerdings ist der *voto útil* für die Sicherung von Unterstützung bei der Regierungsarbeit eine nur sehr unsichere Basis. Es kann schnell auch wieder entzogen werden, wenn die Ergebnisse der Regierungsarbeit als nicht befriedigend erfahren werden. Dies beginnt schon mit dem unvermeidlichen Transformationsprozess vom Wahlkämpfer Fox zum Präsidenten Fox, der sich viel

weniger jene markigen Sprüche leisten kann, die ihm so viel Zustimmung einbrachten. Hier und in der Notwendigkeit, Koalitionen und Konsense mit dem PRI vereinbaren zu müssen, lauern für Fox die Fallstricke des im Wahlkampf so erfolgreichen *voto útil*.

3. Wahlkampf und Wahlergebnisse

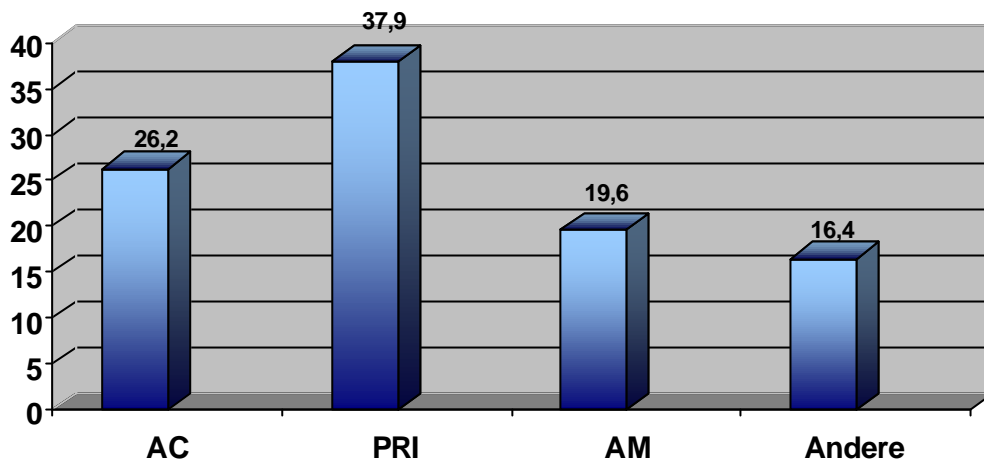
Traditionell mit dem Diktum der „Wahl-Alchemie“ belegt, galt auch bei den Wahlen vom 2. Juli die Aufmerksamkeit der mexikanischen und internationalen Wahlbeobachter der Sauberkeit der Wahlen, ein Thema, das nicht zuletzt auch von den Oppositionsparteien immer wieder in den Vordergrund gestellt wurde. So hatte Vicente Fox im Wahlkampf erklärt, er werde kein Wahlergebnis zugunsten des PRI-Kandidaten anerkennen, das nicht mit einer Differenz von mindestens 10% zustande gekommen sei. Im Vorfeld der Wahlen zentrierten sich dabei die gegenseitigen Beschuldigungen auf die von dem PRI betriebene Kampagne der *promoción del voto*, die sich durch die Mobilisierung der öffentlichen Verwaltung zugunsten der Staatspartei und die Nutzung der öffentlichen Sozialprogramme PROGRESA und PROCAMPO für öffentlichkeitswirksame Auftritte und Versprechungen von PRI-Kandidaten auszeichnete. Demgegenüber schlossen sich die anderen Parteien zur *defensa del voto* zusammen und forderten die Bevölkerung auf, die bekannten PRI-PAKs (Pakete mit Lebens- und Waschmitteln, die an arme Kreise der Bevölkerung verteilt wurden) anzunehmen, aber dennoch anders abzustimmen. Besonders kritisch wurde auch die Rolle der parastaalichen Einrichtungen wie etwa der nationalen Erdölgesellschaft PEMEX beobachtet, bei der – wie in weiten Teilen der öffentlichen Verwaltung – die Mitarbeiter zu Video-Vorfürungen über die Erfolge der Regierungsarbeit gebeten wurden.

Im Gegensatz zu vorausgegangenen Wahlen waren jedoch durch die Reformen der Verfassung und der Wahlgesetze im Jahre 1996 wichtige Änderungen in bislang umstrittenen Bereichen der Wahlkampffinanzierung und des Zugangs der Parteien zu den Medien eingeführt worden, die sich insbesondere in der autonomen Rolle des *Instituto Federal Electoral* (IFE) als oberster Wahlbehörde und der Einführung eines unabhängigen Wahlgerichtes konkretisierten. Durch eine Serie von Wahl(rechts)reformen, die sich seit dem Jahre 1977 in kleinen Schritten über die Jahre 1986, 1989-90, 1993, 1994 und schließlich mit einem entscheidenden Durchbruch im Jahre 1996 vollzogen, wurden die grundlegenden Regeln einer modernen Demokratie entwickelt, die die Wahlprozesse zum zentralen Motor der Transition erhoben. Als die aktiven Faktoren für den Demokratisierungsprozess haben sich die Wahlrechtsreformen in der zentralen Rolle des IFE niederschlagen, das heute auch international als Vorbild für die regierungsunabhängige und parteiferne Organisation von Wahlen in Lateinamerika gelten kann (vgl. Brennpunkt Nr. 10-2000).

Eine der bei den Wahlen der Jahre 1988 und 1994 noch hoch umstrittene Frage stellte die Präsenz und die Berichterstattung über die Parteien in den Medien dar. Die politische Ungleichheit spiegelt sich in den Zahlen wider: Im Jahre 1988 dominierte der PRI 83,1% der Sendezeit in den Medien, für den PRD (damals noch FDN) standen gerade 1,6% zur Verfügung. Seit der Wahlrechtsreform von 1996 führt das IFE eine Auswertung der Sendezeiten der politischen Parteien durch; der Bericht bis zum 6. Juli zeigt für die Wahlen vom 2. Juli 2000 folgende Verteilung:

Berichterstattung im Fernsehen über die Parteien und Koalitionen vom 19. Januar - 3. Juni 2000

(Angaben in %; Angaben nach IFE)



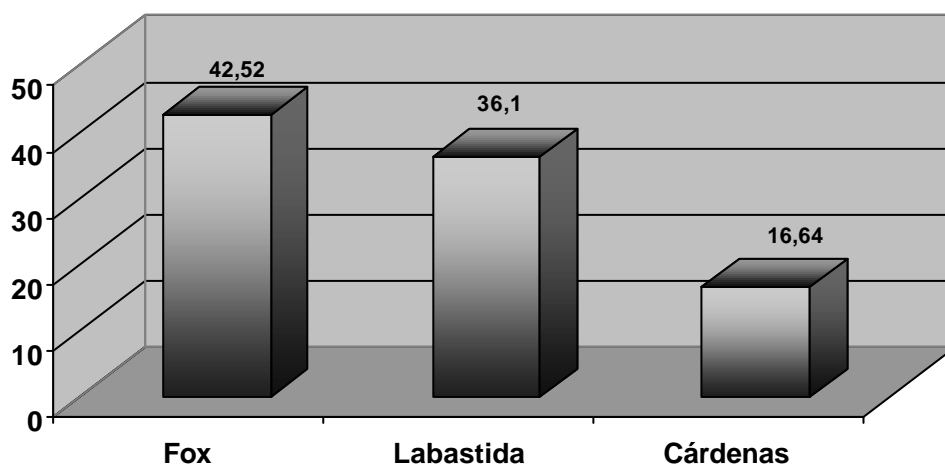
Daraus ergibt sich eine deutlich gleichgewichtige Präsenz der verschiedenen Strömungen in der öffentlichen Meinung. Auch im Bereich der Parteienfinanzierung wurde durch die Einführung einer sehr starken öffentlichen Parteienfinanzierung eine Deckelung privater Zuwendungen erreicht, die auch in diesem Bereich die Chancengleichheit verstärkte.

Auf dieser Grundlage traten die Parteien einen langen Wahlkampf an, der – nicht zuletzt wegen der PRI-internen Vorwahlen zur Bestimmung ihres Kandidaten – letztlich 13 Monate dauerte. Die klare Entscheidung für Francisco Labastida als Kandidat des PRI konnte die befürchtete Spaltung der Partei abwenden, die sich in den heftigen Auseinandersetzungen mit seinem Wi-

dersacher, dem Gouverneur von Tabasco, Roberto Madrazo, abzuzeichnen schien. Auch die gescheiterten Versuche zur Bildung einer gemeinsamen Allianz der Oppositionsparteien PAN und PRD deuteten auf einen offenen Wahlausgang hin, bei dem der PRI durch seinen Apparat letztlich doch noch die Nase vorne haben könnte. Bis kurz vor dem Wahltag wiesen alle Umfragen auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Fox und Labastida hin, während die nunmehr dritte Präsidentschaftskandidatur von Cárdenas schon frühzeitig als wenig erfolgreich erkennbar wurde.

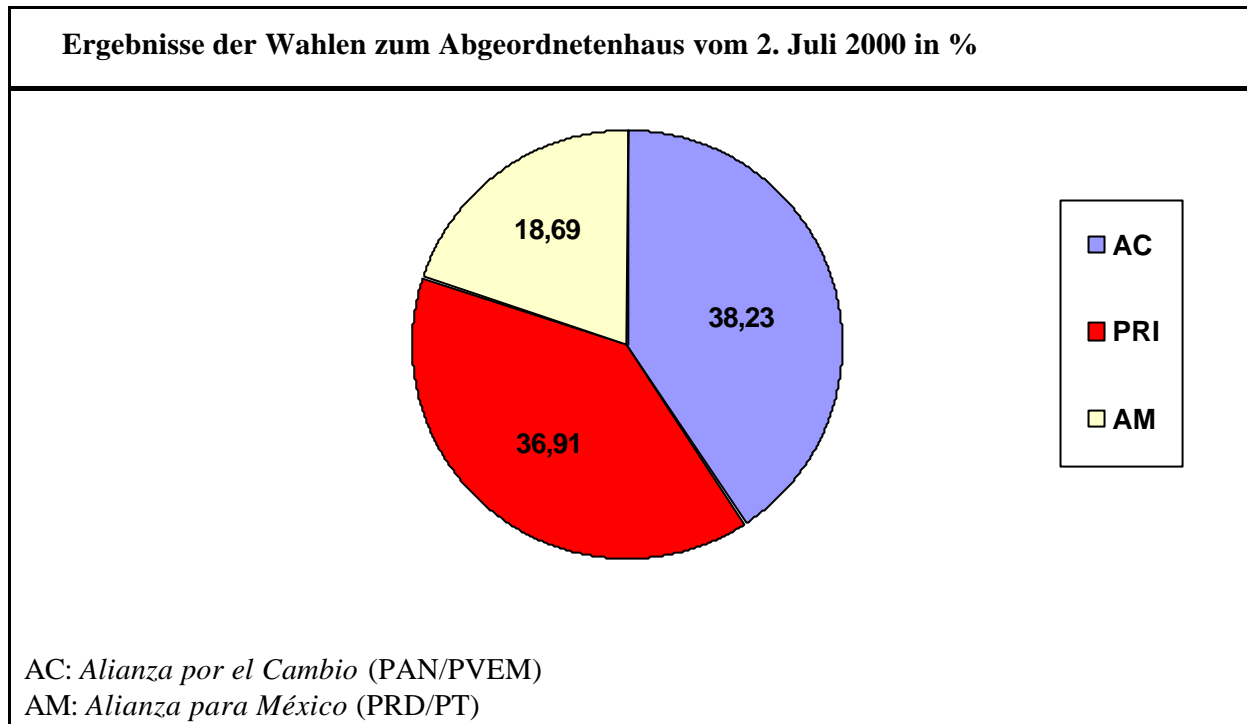
Um so größer war die Überraschung am Wahlabend als sich das Wahlergebnis mit dem deutlichen Vorsprung für Fox abzeichnete:

Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 2. Juli 2000 in %



Der große persönliche Erfolg von Fox als Kandidat wird besonders deutlich, wenn man zum Vergleich die Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zum Senat hinzuzieht. Dabei wird deutlich, dass sich bei diesen Resultaten die Dif-

ferenz von sechs Prozentpunkten bei den Präsidentschaftswahlen auf zwei Prozentpunkte reduziert, so dass seine Regierung ohne eigene Mehrheit im Abgeordnetenhaus und im Senat auskommen muss.



Aus diesem Wahlergebnis für das Abgeordnetenhaus, das erheblich knapper zugunsten der Wahlallianz aus PAN und der grünen Partei PVEM ausfällt, ergibt sich bei der Bestimmung der Zahl der Abgeordneten folgende Sitzverteilung:

PRI:	209
PAN:	208
PRD:	53
Partido Verde Ecologista de México:	15
Partido del Trabajo:	9
Sociedad Nacionalista:	2
Alianza Social:	2
Convergencia por la Democracia:	2

Die Gruppierungen *Sociedad Nacionalista*, *Alianza Social* und *Convergencia* haben ihre Mandate über Listenverbindungen mit dem PRD errungen, so dass sie als Teil der PRD-Fraktion im neuen Abgeordnetenhaus anzusehen sind. Nicht zuletzt die Halbierung der Abgeordnetenzahlen des PRD im Vergleich zum vorherigen Abgeordnetenhaus hat nach den Wahlen die Kritik an der Unterstützung dieser kleinen Gruppierungen hervorgerufen, da man damit die eigenen

Verluste noch weiter erhöht habe. Aufgrund dieser Sitzverteilung kann keine der Parteien von einer eigenen Mehrheit ausgehen, die für die Verabschiedung von Gesetzen sowie für Verfassungsänderungen, die einer 2/3-Mehrheit bedürfen, hinreichend wäre. Damit sind immer Koalitionen mit anderen Gruppierungen notwendig. Dies gilt in besonderem Maße für das Haushaltsgesetz, bei dem das Abgeordnetenhaus federführend entscheidet. Insofern bedarf die Regierung Fox eines kompromissorientierten Handlungsansatzes, wenn sie eine dauerhafte Konfrontation mit den beiden Kammern vermeiden will.

Auch im Senat, der insbesondere bei außenpolitischen Fragestellungen, der Bestellung von Diplomaten etc. Entscheidungsrechte besitzt, kann die neue Regierung nicht auf eine eigene Mehrheit bauen. Gegenwärtig wird davon ausgegangen¹, dass der PRI 60 Mandate, der PAN 46, 15 der PRD, 5 der PVEM, der PT und die *Convergencia Democrática* jeweils einen Sitz errungen

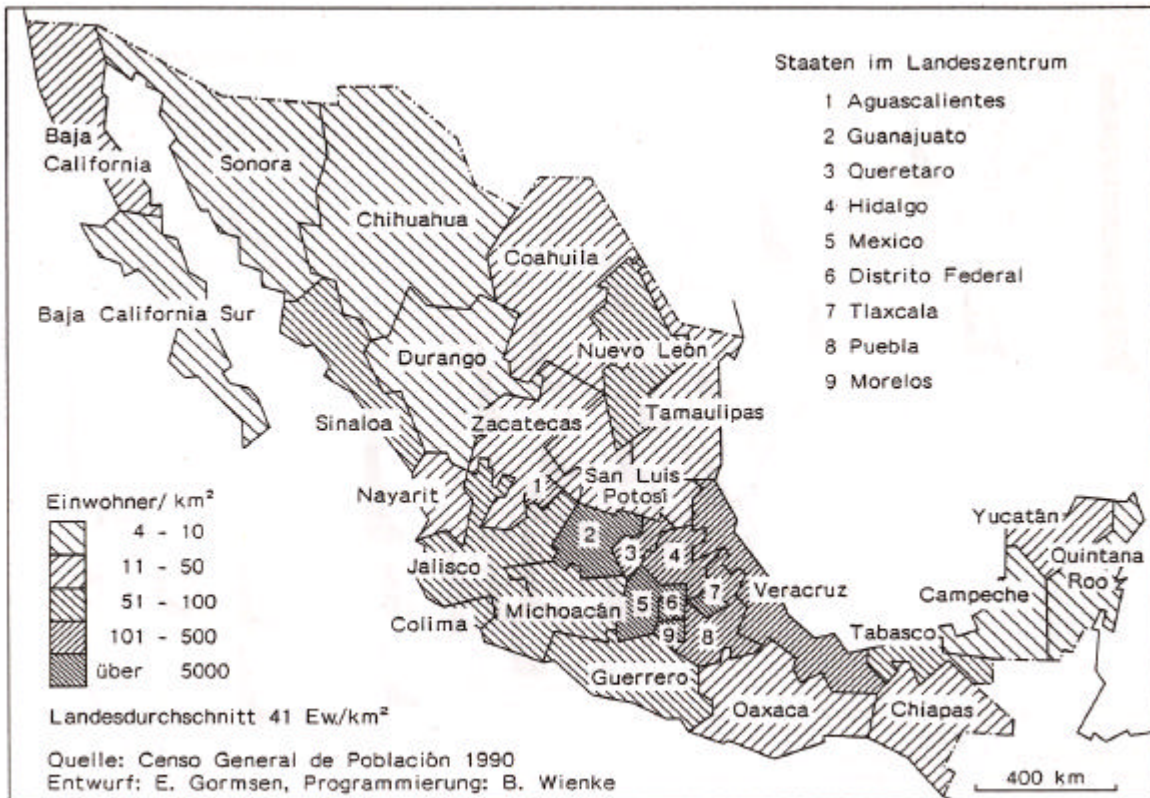
¹ Gegen bestimmte Wahlergebnisse bei den Abgeordneten- und Senatswahlen bestehen noch Einsprüche seitens der verschiedenen Parteien, die vom Wahlgericht bis zum 6. September 2000 entschieden werden müssen.

haben. Dies entspricht einem Wahlergebnis von 38,10% für die *Alianza por el Cambio*, 36,74% für den PRI und 18,85% für den PRD.

Wie auch im Falle des Abgeordnetenhauses verfügt keine der Gruppierungen über eine gesetzgeberische Mehrheit, so dass auch im Senat Verhandlungen und Kompromisse angezeigt sind.

Programmatisch kann der Wahlkampf wenig Elemente für die Orientierung der siegreichen Koalition bieten. Die Kurzbewertung der Ausei-

nersetzung der beiden Spitzenkandidaten ist daher auch auf die Formel gebracht worden, dass Fox den Wechsel ohne Alternative bietet und Labastida für eine Kontinuität ohne Garantien stehe. Diese Einschätzung kann gerade angesichts der Einbettung beider Kandidaten in ihre jeweiligen Parteien noch näher erläutert werden – zumal, wenn man die regionale Verteilung der Stimmen betrachtet:



- Norden des Landes:
So konnte Fox ebenso wie seine von der PAN angeführte Koalition in den Staaten des Nordens mit Ausnahme von Nayarit und Sinaloa erfolgreich abschneiden, wobei der Vorsprung in seinem Heimatstaat Guanajuato – verstärkt durch die Neuwahl eines PAN-Gouverneurs – besonders deutlich ausfiel. Demgegenüber war Labastida in Sinaloa mit deutlichem Abstand Sieger, da er dort ebenfalls als Gouverneur tätig gewesen war. Dieses Ergebnis für den Norden des Landes gilt in gleicher Weise auch für die Wahl von Senatoren und Abgeordneten, mit dem einzigen Unterschied, dass der PRD in Baja California Sur als siegreiche Partei hervorging, während

die Partei in den restlichen Staaten des Nordens weit abgeschlagen landete.

- Osten des Landes:
Auch in diesem Terrain konnte Fox bis auf die Staaten Durango und Zacatecas gegen Labastida gewinnen, wenn auch mit deutlich geringererem Abstand als dies für den Norden gilt. Bei den Wahlen zum Kongress konnte der PRI noch zusätzlich in den Staaten Tamaulipas und San Luis Potosí punkten, während der PRD in keinem der Staaten eine nennenswerte Rolle einnimmt, obwohl die Partei in einigen den Gouverneur stellt.
- Süden des Landes:
In den südlichen Staaten Mexikos konnte Labastida seinen Kontrahenten Fox in den Bun-

desstaaten Chiapas, Oaxaca und Tabasco schlugen; bei den Wahlen zu den beiden Kammern des Kongresses gewann der PRI mit Ausnahme von Yucatán überall die Mehrheit. Auch hier nahm der PRD nur begrenzt eine erkennbare Konkurrenzrolle ein, in den Staaten Chiapas, Oaxaca und Veracruz lag die Partei bei den Abgeordnetenwahlen in einigen Fällen sogar noch vor dem PAN auf dem zweiten Platz.

- **Zentrum des Landes**
Im Hauptstadt-Bezirk konnte Fox ebenso wie in den Staaten Morelos und Puebla gegen Labastida gewinnen, während dieser in Hidalgo und Tlaxcala erfolgreich war. Bei den gleichzeitig abgehaltenen Bürgermeisterwahlen in der Hauptstadt setzte sich der PRD-Kandidat López Obrador durch, der jedoch empfindliche Verluste gegenüber der letzten ebenfalls vom PRD gewonnenen Wahl hinnehmen musste. Der PAN konnte auch noch den Gouverneursposten in Morelos dem PRI abnehmen, was angesichts des Versagens des Amtsinhabers allgemein auch erwartet worden war.
- **Westen des Landes:**
Nur im Westen des Landes konnte der PRD mit seinem Spitzenkandidaten Cárdenas in dessen Heimatstaat Michoacán einen Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen erringen, während Fox den Estado de México und Labastida in Guerrero gewann. Dieses Ergebnis setzte sich auch bei den Wahlen zu den beiden Kammern des Kongresses fort.

Diese kurze Übersicht über die Wahlergebnisse erbringt folgende Charakteristika für die politische und die Parteien-Landschaft Mexikos:

- Mexiko war und ist geprägt von einem Drei-Parteiensystem aus PAN, PRI und PRD. Keine andere Partei konnte bei den Wahlen vom 2. Juli 2000 ihre Registrierung selbständig erreichen, einige sind im Parlament nur durch Listenverbindung vertreten.
- Dieses Drei-Parteiensystem folgte in der Vergangenheit einer Zwei-Parteien-Dynamik, die sich im Norden des Landes zwischen PAN und PRI, im Süden und Zentrum des

Landes zwischen PRI und PRD darstellte. Dieses Bild lässt sich nicht mehr durchgängig aufrechterhalten; der PAN hat sich auch in traditionellen Gebieten der PRI-Dominanz zu einem ernstesten Gegner entwickelt, obwohl natürlich weiterhin das Stimmverhalten in etwa mit den soziostrukturellen Charakteristika der Bevölkerung im Norden und Süden variiert.

- Der PRI bleibt auch nach den Wahlen vom 2. Juli die einzige „nationale“ Partei des Landes, die in allen Staaten zumindest auf dem zweiten Platz in der Wählergunst liegt. Zunehmend entwickelt sich jedoch auch der PAN zu einer „nationalen“ Konkurrenz, während der PRD eher an Boden verliert.

4. Die Folgen der Wahlen

Angesichts der weitreichenden Folgen des Wechsels, der nach 71 Jahren eingetreten ist, muss die zukünftige Rolle der zu zentralen Akteuren der mexikanischen Transition herangewachsenen Parteien in der Zukunft kurz beleuchtet werden.

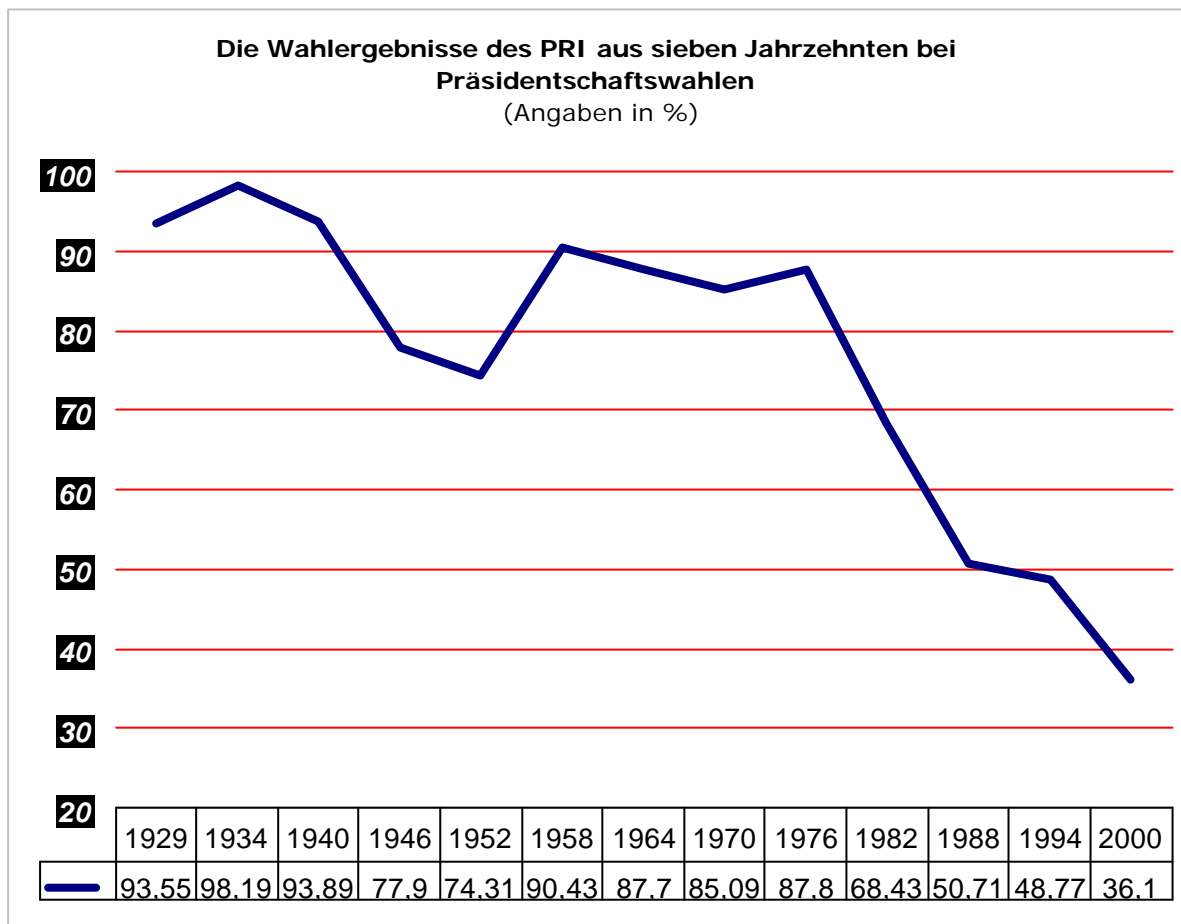
a) Der PRI in der Opposition: Eine Büchse der Pandora

Das Innenleben des PRI stellt eine auch für die Parteienforschung nach wie vor unbekannt große Größe dar. Dies liegt nicht nur an der verwinkelten Struktur mit der Überlagerung von Partei und Regierung, korporativer Gruppen wie der CTM, der CNC und der CNOP als Vertretung der Arbeitnehmer, Bauern und sozialen Bewegungen, sondern auch an der Koexistenz unterschiedlicher Gruppierungen und Strömungen, die innerhalb der Partei um die Vorherrschaft ringen. Der PRI umfasst letztlich alles: Institutionen und politische Kräfte, Unternehmergruppen, Organisationen der Mittelklasse und der Bauernschaft, unterschiedlich und zum Teil auch deutlich entgegengesetzte Strömungen, die dem Cardenismus entspringen, sich dem revolutionären Nationalismus oder den Konzepten einer marktoffenen Modernisierungspolitik verpflichtet fühlen. Darin besteht auch das Grundproblem der Partei: Sie konnte nur existieren auf der Basis einer Interessenkoalition, die sich um die politische Macht gruppiert und als solche auch jenseits ideologischer Spannungen und Widersprüche der Chance des Zugangs zu Entscheidungspositionen gehorchte. Die Nähe zum Amt des Präsidenten ist insofern die kritische Variable. Obwohl Präsident Zedillo eine „gesunde Distanz zur Partei“ angekündigt hatte, wurden

von ihm während seiner Regierungszeit bislang sechs Parteipräsidenten eingesetzt beziehungsweise abgesetzt. Die Partei konnte sich bislang nicht von der Einflussnahme des Präsidenten lösen, obwohl seit der Amtszeit von Präsident

Salinas die Dominanz der Technokraten in Regierung und Partei immer wieder zu Kritik führte.

Betrachtet man die Wahlergebnisse so stellt sich nach 71 Jahren der deutliche Abstieg besonders dramatisch dar:



Dieser Abstieg des PRI hat die internen Strukturen unter erheblichen Druck gebracht: Die beinahe schon sprichwörtliche Konkurrenz zwischen den „Dinosauriern“, der alten Garde, die sich als Inkarnation der Partei fühlt und mit den Methoden des *carro completo* jahrelang die Wahlen erfolgreich für die Partei gestaltete, und den Reformern erklärt nur teilweise die interne Spannung. Hinzu kommt die Bevormundung der regionalen Parteistrukturen durch die Zentrale in der Hauptstadt, die mit dem Verlust des Präsidentenamtes ein rasches Ende finden wird. Damit geraten politische Gewichte ins Rutschen, die das gesamte Land beeinträchtigen können. Die Strukturen der Partei haben das Gleichgewicht innerhalb der verschiedenen Gruppen über ein ausgeklügeltes Patronage- und Klientensystem gesichert, das in großem Umfang durch den Fluss staatlicher Ressourcen über den Parteiparat in

Gang gehalten wurde. Dadurch gelang es der Partei, Konflikte ruhig zu stellen, alte Kziken wie neue Technokraten zu bedienen und an die Partei zu binden.

Dieses System, das seine integrative und kohäsive Funktion nicht nur für die Partei sondern auch für die Gesellschaft über Jahrzehnte erfolgreich wahrgenommen hat, droht nun zu zerbrechen und kann – wie die Büchse der Pandora – viele Übel, vor allem aber Gewalt freisetzen. Da keine integrative und anerkannte Persönlichkeit in der Partei vorhanden ist, sind zentrifugale Tendenzen unvermeidbar. Eine Fülle regionaler Kziken und natürlich die vom PRI gestellten Gouverneure werden nun nach eigenem Gutdünken ihren Erfolg sicherstellen wollen, was einen Rückschritt im politischen Stil und den Methoden der politischen Auseinandersetzung innerhalb der Partei und mit ihren Konkurrenten erwarten lässt. In der

Entwicklung des PRI sind daher Instabilitätsmomente absehbar, die nicht nur die Partei selbst, sondern auch die gesamte mexikanische Gesellschaft betreffen könnten.

Gleichzeitig folgen daraus jedoch drei Dilemmata, die letztlich zum Niedergang der Partei, zunächst als gesellschaftlicher Führungskraft in den 1980er Jahren und in den 1990er Jahren als maßgeblichem politischen Akteur des Landes beigetragen haben und heute ihre Existenz selbst in Frage stellen:

- **Das wirtschaftspolitische Entwicklungsmodell der letzten Jahrzehnte stand im Gegensatz zur Kernwählerschaft der Partei:**

In den beiden Regierungen des PRI unter Salinas de Gortari und Ernesto Zedillo fand die Partei ihre Zustimmung vor allem in ländlichen, eher traditionalistisch geprägten Gebieten. Wie auch bei den jüngsten Wahlen konnte sie ihre Stimmen vor allem im Süden der Republik gewinnen, d.h. gerade in jenem Sektor der Bevölkerung, der von der Politik der offenen Märkte und der NAFTA kaum berührt und begünstigt wurde. Das (wirtschafts-)politische Projekt der Partei stand damit im Gegensatz zu ihrer loyalsten Wählerschaft und baute auf die Perspektive, auch städtisches Stimmenpotential hinreichend mobilisieren zu können, um den Wahlsieg sicherzustellen.

- **Der PRI ist eine Koalition von Interessen und Gruppierungen, keine ideologisch kohärente Partei:**

Die Entstehung der Partei als Sammlungsbewegung und Inkarnation des revolutionären Projektes von 1911 hat diesen historischen Ort zwar zum Bezugspunkt der eigenen Identität werden lassen, Änderungen in der politischen Umwelt wurden jedoch nur machtpolitisch flexibel aufgefangen, aber nicht inhaltlich vermittelt.

Die Partei steht insofern vor einem Klärungsprozess, der auch die Abwanderung größerer Gruppen der Mitgliedschaft zu anderen Parteien beinhalten könnte. Hier könnte der PRD als Auffangbecken dienen. Die Tendenzen zur Neu- oder Wiedergründung der Partei, die nach den Wahlen deutlich geworden sind, weisen in diese Richtung. Der PRI

könnte damit auch einem Zerfallsprozess anheim fallen, wenn es ihm nicht gelingt, durch Wahlerfolge auf regionaler Ebene und bei den Zwischenwahlen im Jahre 2003 seinen Anhängern glaubhaft die Chance auf eine baldige Rückkehr an die Macht zu vermitteln.

- **Der PRI ist auch heute noch Instrument zur Kontrolle von Gewalt und Konflikten:**

Die Aussage des inzwischen verstorbenen CTM-Führers Fidel Velásquez: „Wir sind mit Schüssen gekommen und mit Schüssen gehen wir auch wieder“, verweist auf die Entstehung des PRI beziehungsweise seiner Vorgängerparteien aus der mexikanischen Revolution. Sie beleuchtet aber auch, die in den Strukturen des PRI aufgefangene Gewalttätigkeit, die sich heute in vielfacher Form verschleiert und gebändigt darstellt. Es ist nicht auszuschließen, dass Formen dieser Gewalttätigkeit wieder sichtbar werden und politische Konflikte sich in gewaltsamer Form niederschlagen könnten. Es ist fraglich, ob die internen Kräfte der Partei ausreichen werden, diese Entwicklung zu kontrollieren. Es macht aber deutlich, dass das Modernisierungsprojekt der Partei eine sehr komplexe Aufgabe ist, bei der die mexikanische Gesellschaft den PRI nicht alleine lassen darf.

- b) **Der PAN an der Regierung – Wie weit reicht der Einfluss der Regierungspartei?**

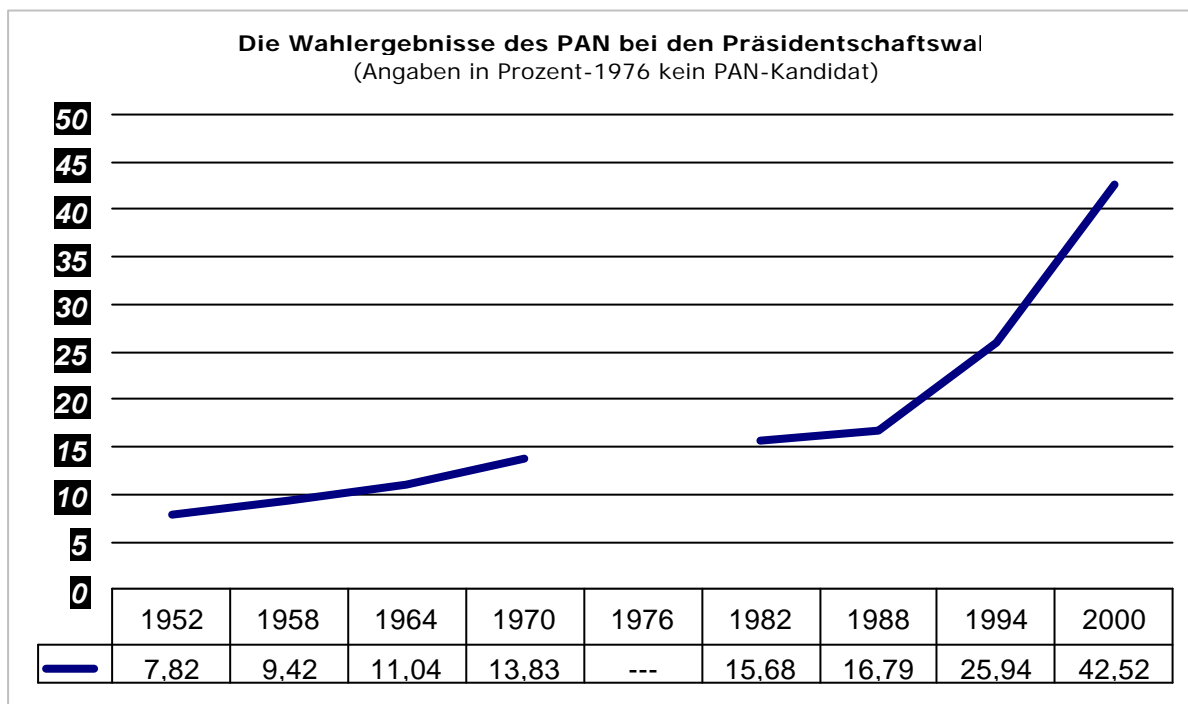
Obwohl der PAN durch seine inzwischen langjährige Regierungserfahrung in den Staaten des mexikanischen Nordens Möglichkeiten zur Vorbereitung auf den Machtwechsel hätte sammeln können, tritt die Partei wenig vorbereitet in ihre neue Rolle als Regierungspartei ein. Dies ist nicht zuletzt auf die Tatsache zurückzuführen, dass ihr Vicente Fox seine Kandidatur geradezu aufgezwungen hat. Mit der Gründung der Vereinigung der *amigos de Fox* war es im gelungen, außerhalb der Partei eine Struktur zu schaffen, die es der Parteiführung immer schwieriger machte, dem Druck von Fox etwas entgegenzusetzen. Insofern darf es nicht verwundern, dass zwischen dem Präsidenten und „seiner“ Partei teilweise erhebliche Distanzen liegen, die ihm das Regieren durchaus erschweren können.

Obwohl der gewählte Präsident nun bemüht ist, die Differenzen zur Führungsriege der Partei zu überwinden, zeigt allein schon die Nominierung

seines Teams zur Abwicklung des Regierungswechsels die marginale Stellung des PAN: Nur neun der 20 Personen, die er mit dieser Aufgabe betraut hat, sind Mitglieder des PAN, führende Funktionsträger der Partei wurden gar nicht erst in Betracht gezogen. Diese Auswahl mag auch dem Bemühen geschuldet sein, die Ankündigung einer pluralistischen Regierung mit Beteiligung von PRI- und PRD-Politikern sichtbar werden zu lassen; nichtsdestotrotz sind die Konflikte zwi-

schen Fox und führenden PAN-Politikern vor allem im Wahlkampf unübersehbar geworden.

Die Erfolge des PAN in den letzten Jahrzehnten sind eigentlich als Erfolgsgeschichte einer Partei interpretierbar, die sich aus ihren stark klerikalen Anfängen seit der Gründung im Jahre 1939 zu einer Repräsentantin der Unternehmerschaft des Nordens und schließlich zu einer Massenpartei mit nationaler Ausstrahlung entwickelt hat, die auch die Jugend besonders anzusprechen scheint.



Angesichts der Konkurrenz der Partei zu den *amigos de Fox*, deren Existenz der Präsident offiziell für beendet erklärt hat, deren Präsenz aber die Regierung prägen wird, ist die ohnedies schon immer prekäre Kohäsion der Partei unter besonderen Druck gesetzt. Es wird der Partei sehr schwer möglich sein, einen prägenden Einfluss auf die Regierungsarbeit auszuüben, zumal auch der stark personalistische Stil des zukünftigen Präsidenten dem entgegenstehen dürfte. Die Rolle der Partei dürfte insofern vor allem in der Eröffnung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten von Parteiangehörigen im staatlichen Apparat zu finden sein, der mit Parteigängern des PRI besetzt ist.

Ob es der Partei gelingen kann, die Fülle an Erwartungen der Bevölkerung und deren mögliche Enttäuschung aufzufangen, darf angesichts ihrer nur sehr begrenzten politischen Führungseli-

te eher bezweifelt werden. Am Ende könnte man einem Präsidenten ohne Partei und einer Partei, die ihren Präsidenten verloren hat, gegenüberstehen.

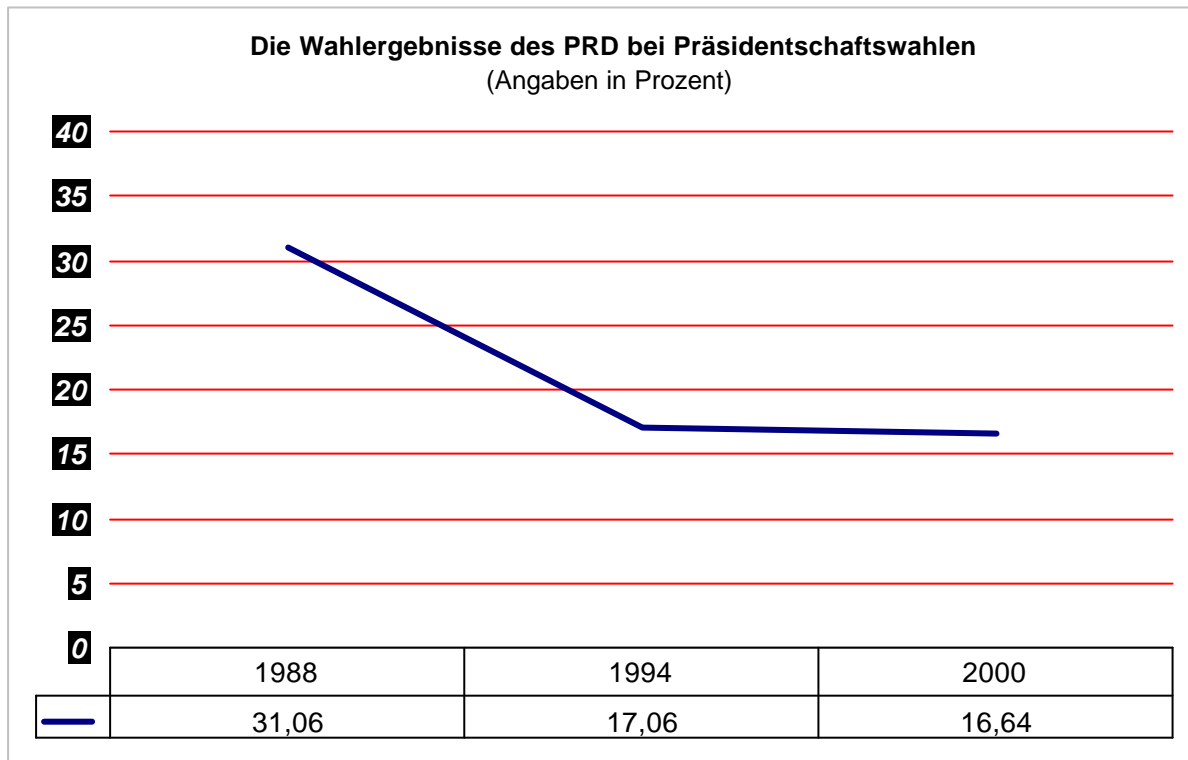
c) Die immerwährende Opposition: Die Perspektiven der Entwicklung des PRD

Der PRD kann als zweiter Verlierer der Wahl vom 2. Juli 2000 angesehen werden. Dadurch wird die Stagnation der Partei noch weiter vertieft, die sich seit der Dominanz ihres Kandidaten Cuauhtémoc Cárdenas in den vergangenen drei Präsidentschaftswahlen abgezeichnet hat. Cárdenas erscheint heute mehr als Belastung denn als Hoffnungsträger der Partei, zumal ihre Position durch den erheblichen Stimmenverlust bei der Wahl des Bürgermeisters der Hauptstadt noch zusätzlich geschwächt wurde.

Trotz des Austritts des ewigen Kontrahenten von Cárdenas, Porfirio Muñoz Ledo, der nach

einem Gastspiel als Spitzenkandidat der PARM (*Partido Auténtico de la Revolución Mexicana*), zwei Wochen vor der Wahl auf seine Präsidentschaftskandidatur verzichtete und sich bei Fox andiente, sind keine Perspektiven erkennbar, wie der PRD aus seiner politischen Nische her-

aus an Gestaltungskraft gewinnen könnte. Die Stagnation der Partei, die sich nicht zuletzt auch aus ihrer Rolle als neue politische Heimat frustrierter PRI-Politiker erklärt, lässt sich an ihren Wahlergebnissen deutlich erkennen:



Das politische Projekt des PRD, das sich vor allem in rückwärtsgewandter Perspektive an einer Neuverhandlung des NAFTA-Abkommens sowie der Einklagung der Rechte der *campesinos* orientiert, bedarf einer Erneuerung, wenn die Partei eine Perspektive politischen Wachstums gewinnen soll. Dabei wird auch die Frage des zukünftigen Führungspersonals zu klären sein, da Cárdenas als Präsidentschaftskandidat für 2006 sicherlich nicht mehr zur Verfügung stehen dürfte. Der PRD könnte jedoch auch als Gewinner der nächsten Jahre hervorgehen, wenn sich ein Zerfallsprozess des PRI realisieren sollte, den sie für ihre eigene Entwicklung kapitalisieren könnte. Dies bedürfte aber auch innerparteilicher Prozesse, um alte Konfliktlinien zu überwinden und neue Gestaltungsperspektiven zu gewinnen.

4. Transition mit Regierbarkeit – Maxime der neuen und der alten Regierung

Für ein Land wie Mexiko, das 90% seines Außenhandels mit den USA abwickelt, ist die Erhaltung interner und externer Stabilität ein zentraler

Wert. Dies konnte Mexiko in seinen verschiedenen Wirtschaftskrisen 1982 und 1994 erfahren, bei denen es auf die Unterstützung der USA bei der Bereitstellung von Finanzhilfen rechnen konnte. Gerade im Kontext der Wahlen ging erneut die Befürchtung um, es könne wiederum zu einer Peso-Krise kommen, die jedoch durch die Reaktion der Börse auf das Wahlergebnis sowie seine schnelle und vorbehaltlose Anerkennung zerstreut werden konnte. Auch die Vereinbarung direkter Kontakte und das Versprechen eines ruhigen und kontrollierten Regierungswechsels haben neues Vertrauen geschaffen.

Fox wie Zedillo scheint klar zu sein, dass ein politischer Bruch am 1. Dezember 2000 vermieden werden muss. Dies dokumentierte Fox durch seine Ankündigung eines pluralen Kabinetts unter Einbeziehung von PRI- und PRD-Politikern; Zedillo hat sich seinerseits seit dem Wahlabend bemüht, auch die Gruppe der 20 PRI-Gouverneure auf die neue Situation einzustellen. Die Angst vor dem *México Bronco*, die aus der Freisetzung unkontrollierbarer Interessen und Gruppen ge-

nährt wird, vereint die alte und die neue Regierung. Von entscheidender Bedeutung dürfte es dabei sein, wie weit die Kontrolle des gegenwärtigen Präsidenten über den PRI noch reicht, um gefährliche Auswüchse vermeiden zu können. Andererseits besteht für Fox die erste Bewährungsprobe darin, mit welcher Strategie er die Umsetzung seiner Reformprojekte betreibt. Die Konfliktfelder im Bereich der Neustrukturierung der Nationaluniversität UNAM, in den Verhandlungen mit der Guerilla in Chiapas, mit der Neuorientierung im Erziehungswesen und den Lehrgewerkschaften, in der Kontrolle der Drogenbosse (und deren Strategien zur Infiltration von Polizei und Militär sowie im Justizwesen) sind so umfassend, dass es großen taktischen Geschicks bedarf, nicht mit einer Fülle von Interessengruppen gleichzeitig in Auseinandersetzungen zu geraten. Zudem drängt die katholische Kirche auf die Wiedereinführung des Religionsunterrichtes an öffentlichen Schulen, ein Konfliktpunkt, der die mexikanische Gesellschaft tief spalten könnte.

Letztlich muss sich Fox auch der Unterstützung des Militärs versichern, das als Machtfaktor wenig sichtbar aber nicht zu unterschätzen ist. Gerade die Rolle der Streitkräfte im Kampf gegen die Drogen und im Chiapas-Konflikt stellt eine sensible Frage dar, die unter dem Gesichtspunkt der Regierbarkeit nicht außer Betracht gelassen werden darf.

5. Die Vorboten der Regierung Fox - Erste Aktionen

In dem Bemühen der Regierung Zedillo und des gewählten Präsidenten Fox, bis zu seinem Amtsantritt am 1. Dezember 2000 nicht den geringsten Eindruck einer politischen Instabilität aufkommen zu lassen, der – wie bei früheren Regierungswechseln – den Anlass für eine ökonomische Krise geben könnte, haben beide Politiker einen kontrollierten und organisierten Prozess der Übergabe der Regierungsverantwortung vereinbart. Hierzu sollen Konsultationen zwischen den alten und neuen Ministern gehören, eine Kommission zur Begleitung des Prozesses der Transition und auch gemeinsame Reisen von Zedillo und Fox in die verschiedenen Regionen des Landes. Zudem haben schon erste Kontakte zwischen Fox und der Militärführung stattgefunden, die nicht zuletzt aufgrund des ungelösten Konfliktes in Chiapas eine stärker artikulierte Rolle in der mexikanischen Gesellschaft eingenommen hat. Fox hat gleichzeitig angekündigt, dass er unmittelbar

mit der Formulierung eines Entwicklungsplanes für die kommenden 25 Jahre (!) beginnen und damit auch die Grundlagen für die Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2001 legen möchte.

Gerade im wirtschaftlichen Bereich sind ihm die Hände jedoch weitgehend gebunden. 40% des Haushaltes sind durch die Aufwendungen für die Begleichung der Schulden aus dem Fonds zur Rettung der Banken (FOBAPROA), den internen und externen Schuldendienst sowie die Wiederherstellung der Straßeninfrastruktur vorgegeben. Zieht man noch die weiteren Kosten für den Unterhalt des Staatsapparates, Universitäten und Erziehungssystem hinzu, dann dürfte sich der fiskalische Handlungsspielraum auf maximal 10% des Haushaltes beschränken. Sicherlich bietet der hohe Ölpreis für das Land gegenwärtig eine gewisse Garantie auf der Einnahmenseite, aber es wird dem neuen Präsidenten gleichwohl nicht einfach sein, seine neue Politik auch im Haushalt sichtbar werden zu lassen. Die Spitzenverbände der Unternehmerschaft haben ihre Erwartungen an die neue Regierung schon deutlich gemacht: Der *Consejo Coordinador Empresarial* mit seinem neuen Vorsitzenden Claudio X. González wies darauf hin, dass man folgende Punkte prioritär behandelt wünsche: Rechtssicherheit und Rechtsstaat, Konsolidierung der makroökonomischen Stabilität, eine den Notwendigkeiten des Landes angepasste Steuerpolitik, ökonomische Deregulierung und Modernisierung der Arbeitsbeziehungen. Diesen Arbeitsauftrag wird Fox sicherlich auch für seine Regierungszeit übernehmen; gleichwohl muss er natürlich damit rechnen, dass nun auch die früher im System des PRI eingebundenen offiziellen Gewerkschaften versuchen werden, ihre verlorene Glaubwürdigkeit durch ein stärker artikuliertes Auftreten gegenüber der Regierung wiederzugewinnen. Insofern steht Fox hier vor einer sehr schwierigen Aufgabe, das gesellschaftliche Gleichgewicht zu bewahren.

Im Vergleich zu den Konzeptionen im wirtschaftspolitischen Bereich, die weithin in der Kontinuität der Regierung Zedillo stehen, ist das gesellschaftspolitische Reformprogramm von Fox sehr anspruchsvoll: Ohne schon klare Konzepte zu besitzen, hat er angekündigt, dass er eine „Revolution im Erziehungswesen“, spürbare Änderungen im Bereich Sicherheit und Justiz durch die Einrichtung eines entsprechenden Ministeriums

sowie die Ernennung der Richterschaft betreiben will. „Wir werden vieles säubern“ ist das von ihm oft benutzte Wort, das sicherlich auch in der Bürgerschaft auf breite Unterstützung trifft. Ausdruck dieses Interesses ist auch die angekündigte Einrichtung einer „Nationalen Kommission der Transparenz“, die als eine Art „Wahrheitskommission“ fungieren soll, mit dem Ziel, Korruption, Betrug und die ungeklärten Morde an dem Bischof von Guadalajara, dem Präsidentschaftskandidaten Luis Donaldo Colosio sowie dem PRI-Generalsekretär Mario Ruiz Massieu aufzugreifen. Fox' Versicherung, dass damit keinesfalls eine „Hexenjagd“ gegen den PRI angestrebt werde, lässt unmittelbar deutlich werden, dass diese Wahrheitskommission sich als politischer Bumerang für seine Regierung erweisen könnte, wenn es nicht gelingt, ihre Arbeit deutlich vom politischen Tagesgeschäft abzusetzen.

Gegenwärtig ist bereits erkennbar, dass sich die nächsten fünf Monate bis zu seinem Amtsantritt für Vicente Fox als unerlässliche Vorbereitungszeit für sein wichtiges Amt erweisen werden, da seine politischen Konzepte weitgehend unterentwickelt sind. Zudem muss ihm der Brückenschlag zwischen den *amigos de Fox*, dem PAN und der Vielfalt gesellschaftlicher Gruppen gelingen, die seine Position des Wechsels unterstützten, ohne eine klare Alternative in der Führung der Regierungsgeschäfte vor Augen zu haben. Hier muss Fox einen „zweiten Wahlkampf“ im Sinne einer breit angelegten Suche zur Sicherung des in ihn gesetzten Vertrauens führen, um nicht schon zu Beginn seiner Regierungszeit einen großen Teil jener Unterstützung zu verlieren, die seinen großen Wahlerfolg möglich gemacht hat.

Gleichzeitig gilt es für ihn, das Personalproblem seiner Regierung zu lösen. Unterstellt man eine Erneuerung der wichtigsten Führungspositionen in Regierung, Verwaltung und dem breiten Bereich der parastaatlichen Institutionen, so kann der Personalbedarf auf ca. 100.000 Personen veranschlagt werden. Weder Fox noch der PAN sind gegenwärtig in der Lage, ein solches Führungspersonal aufzubringen, so dass davon auszugehen ist, dass nicht nur in untergeordneten Positionen bis auf weiteres das bisherige Personal des PRI-Apparates verbleiben dürfte. Für die Besetzung der Spitzenpositionen seiner Regierung hat sich der gewählte Präsident der Dienste eines bekannten *head-hunters* des Landes versichert, der ihm geeignete Kandidaten vorschlagen soll.

Fox bleibt insofern seinen unternehmerischen Erfahrungen als Chef der Coca Cola-Vertretung in Mexiko treu und etabliert damit einen politischen Stil, der angesichts seiner prekären Situation im Abgeordnetenhaus und Senat nicht ohne Risiken ist. Ob es ihm gelingen kann, über sechs Jahre mit einer nur sehr oberflächlichen Verankerung in dem ihm zumindest nicht ergebenden oder sogar auch kritisch gegenüberstehenden PAN diesen Stil durchzuhalten, darf bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt bezweifelt werden.

6. „¡No nos falles, Vicente!“ – Die hohen Erwartungen und die Angst der Mexikaner vor der Enttäuschung

Fox, der am Wahltag 58 Jahre alt wurde, konnte seine Geburtstagsfeier mit der Siegesfeier zusammen mit 20.000 seiner Anhänger am *Angel de la Independencia* auf der Prachtstrasse *Reforma* verbinden. Und während die Anhänger des neu gewählten Präsidenten noch skandierten „Rauf und runter, der PRI geht unter“, war der PAN-Parteivorsitzende Luis Felipe Bravo Mena schon darum bemüht, die Bürgertugenden hervorzuheben, die jetzt die Leidenschaften abzulösen hätten: Großzügigkeit, Toleranz und politischer Dialog seien jetzt angesagt. Die Ankündigung von Vicente Fox, dass er sich um ein plurales Kabinett mit Beteiligung der Opposition bemühen werde, löste seine Ankündigung vom 10. März 1999 ab, in der er betont hatte: „Die Politik ist für die Gewinner, die Verlierer bleiben außen vor“. Die Menge auf der Siegesfeier antwortete jedoch auf diese neue Position mit dem Ruf, „enttäusche uns nicht, Vicente!“

Mit Beschreibungen wie „Unsere Berliner Mauer ist gefallen“ oder „Wir haben unsere Bastille genommen“, ist in Mexiko das Wahlergebnis kommentiert worden. Und immer wieder wird die Aussage des peruanischen Schriftstellers Mario Vargas Llosa zitiert, der einst von der „perfekten Diktatur“ in Mexiko gesprochen hatte, deren Ende nunmehr gekommen sei. Für Fox könnten sich die Erwartungen, die er natürlich auch selbst als Wahlkämpfer geweckt hat, sehr schnell in eine Bürde verwandeln. Hier wird es darauf ankommen, dass es ihm gelingt, die Erwartungen der Bevölkerung aufzufangen und seine Wahllegitimität nicht zu schnell zu verspielen. Seine Überlegungen zur Reform der Verfassung könnten ihm jedoch plebiszitäre Elemente an die Hand geben, um sich durch neue Wahlgänge weiter bestätigen zu lassen. Nicht zuletzt wird ihm

jedoch die Notwendigkeit, auch auf internationalem Parkett etwa mit einem neuen US-Präsidenten die Verständigung herzustellen, nicht erlauben, weiterhin mit den Charakteristika des „Mannes mit Stiefeln“ aufzutreten.

Vielleicht findet er seine Rolle darin, die der bekannte mexikanische Historiker Lorenzo Meyer so beschrieben hat: „Was wir heute haben, sind nicht neue Institutionen, sondern die Möglichkeit, die Institutionen mit neuen Werten auszufüllen.“¹ Vielleicht erfüllt sich aber Carlos Fuentes' Vorhersage aus seinem 1987 erschienen Roman

Cristóbal Nonato, in dem der erste PAN-Präsident schließlich doch mit der gesamten PRI-Struktur regieren muss und sich sein Wahlerfolg am Ende in einen Phyrus-Sieg verwandelt.²

¹ Vgl. Lorenzo Meyer: *Experiencia excepcional: No fue cambio de gobierno sino de régimen*, in: *Reforma*, 6. Juli 2000.

² Vgl. Carlos Fuentes: *Cristóbal Nonato*, México 1987, S. 30.

Autorennotiz:

Dr. Günther Maihold ist Politikwissenschaftler und Direktor des Ibero-Amerikanischen Instituts (IAI) in Berlin.
E-Mail: GueMaihold@aol.com

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE
Instituto de Estudios Iberoamericanos

Schriftenreihe Band 52:

Peter Thiery

Transformation in Chile

Institutioneller Wandel, Entwicklung und Demokratie 1973-1996
Frankfurt/M.: Vervuert 2000, 349 Seiten
ISBN 3-89354-252-3 DM 56,00

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Jens Urban.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK>

Beiträge zur Lateinamerikaforschung

Band 4

Heinrich W. Krumwiede / Detlef Nolte

Die Rolle der Parlamente in den Präsidialdemokratien Lateinamerikas

Hamburg, März 2000, 196 Seiten, ISBN 3-926446-65-X, DM 18,00

Lateinamerika war Ende der 90er Jahre die am stärksten demokratisierte Entwicklungsregion. Einige Indizien sprechen dafür, dass das bisherige Wechselspiel eines zyklischen Entwicklungsverlaufs zwischen Demokratie und autoritären Regimen außer Kraft gesetzt ist. Vor diesem Hintergrund verdient die Frage Interesse, auf welche Weise die Parlamente zum Erhalt und Ausbau der Demokratie beitragen können. Das Leitthema der Studie, die Rolle der Parlamente in den lateinamerikanischen Präsidialdemokratien, nimmt sich einer Fragestellung an, die in der politikwissenschaftlichen Forschung bisher vernachlässigt wurde. Neben den parlamentarischen Funktionen politischer Repräsentation und Kontrolle der Exekutive gilt vor allem der Funktion des parlamentarischen "Mitregierens" besonderes Interesse.

Die Studie analysiert die Kompetenzaufteilung zwischen Präsident und Parlament nach der geschriebenen und in der "lebenden" Verfassung. Die erheblichen Unterschiede, die in dieser Hinsicht zwischen den Ländern und allgemein zwischen Verfassungsrecht und Verfassungspraxis bestehen, werden herausgearbeitet. Es wird deutlich gemacht, dass man unterschiedliche Machtdimensionen berücksichtigen muss, um die reale Bedeutung der Parlamente korrekt einschätzen zu können, und es wird nachgewiesen, dass die Klischeevorstellung, die lateinamerikanischen Präsidenten seien allmächtig und regierten mit Dekreten an ohnmächtigen Parlamenten vorbei, einer Korrektur bedarf. Die Studie resümiert nicht nur den gegenwärtigen Forschungsstand, sondern es ist darüber hinaus ihr Anliegen, für weiterführende Fragestellungen und bisher unterbelichtete Themen Interesse zu wecken. So enthält sie u.a. Kapitel über semi-präsidentielle Regime, Zweikammerparlamente und die Parlamentsberatung.

Institut für Iberoamerika-Kunde,

Alsterglaci 8, 20354 Hamburg

Tel. 040 / 41 47 82 01 - Fax 040 / 41 47 82 41 - E-mail: iikhh@uni-hamburg.de